

Konjunkturprogramme weltweit – Chancen in der Krise

Dänemark

Stand: 20.05.10

In der nachfolgenden Übersicht sind wichtige aktuelle Investitionsvorhaben aufgelistet. Für zusätzliche Informationen über Branchen und zur konjunkturellen Entwicklung im Land folgen Sie bitte den nachstehenden Verlinkungen:

- [Brancheninformationen](#)
- [Konjunkturelle Entwicklung](#)

Über www.gtai.de/chancen-in-der-krise gelangen Sie zur Gesamtübersicht des Specials.

Investitionsvorhaben im Überblick

Wichtige Branchen/Sektoren	Investitionsvolumen	Projekte und Geschäftschancen/Internetadressen
Infrastruktur/ Bauwirtschaft	12,1 Mrd. Euro (2009 bis 2020)	Finanzierung von Projekten im Rahmen des Transportinfrastrukturfonds mit dem Schwerpunkt Schienenwege Transportministerium: www.trm.dk unter anderem: Metro-City-Ring, Kopenhagen 2008 bis 2016 (17 Stationen, 2,1 Mrd. Euro,) www.m.dk/metroselskabet PPP-Autobahnprojekt Kliplev – Sønderborg 2010 bis 2013 (200 bis 250 Mio. Euro) www.vejdirektoratet.dk
	circa 1,2 Mrd. Euro (2010)	zusätzliche Mittel für kommunale Investitionen vorrangig für den Bau und die Modernisierung von Kindertagesstätten, Schulen, Freizeit-, Sport- und Kultureinrichtungen sowie Objekte für den Bedarf älterer Menschen Partner: einzelne Kommunen
	circa 350 Mio. Euro (2009 bis 2013)	Ausbau und Modernisierung des internationalen Flughafens in Kopenhagen Investor: Københavns Lufthavne A/S



		(www.cph.dk)
	circa 135 Mio. Euro (2010)	zusätzliche Mittel für die Renovierung und technische Ausstattung von Universitäten (im Rahmen der Globalisierungsinitiative) Partner: einzelnen Kommunen/Universitäten
	54 Mio. Euro (2010 bis 2012)	Hafenausbau in Ringkøbing für den Bedarf des Herstellers für Windkraftanlagen Vestas Kontakt: Kommune Ringkøbing-Skjern
	13,5 Mio. Euro (2009/2010)	Förderung von Projekten zur Verbesserung des öffentlichen Busverkehrs (Hauptempfänger: Busgesellschaft Aarhus, 5,2 Mio. Euro) Kontakt: Trafikstyrelsen (www.trafikstyrelsen.dk)
	k.A.	ökologische Gebäudesanierung (am 18. April 2009 hat die Regierung ihre neue Strategie für die Reduzierung des Wärmeenergie- und Strombedarfs in Gebäuden veröffentlicht), Förderprogramme in einzelnen Kommunen Kontakt: Kommunen, Wirtschaftsministerium: www.oem.dk
Erneuerbare Energien/ Energieeffizienz	1,3 Mrd. Euro (2010), 1,3 bis 2,0 Mrd. Euro (2011)	Projekte für die Nutzung von Windkraft, Biomasse und Erdgas als Quelle für die Stromerzeugung (im In- und Ausland), besonders investitionsträchtige Pläne für den Bau von Windkraftparks in Großbritannien (London Array und Walney I/II für circa 2,7 Mrd. Euro; 2010 bis 2012/13) www.dongenergy.dk
	k.A.	Errichtung von Windkraftwerken – Ziel bis 2025: 50% der Stromerzeugung aus CO2-freien Quellen (heutige Quote: 20%) www.windpower.org
	136 Mio. Euro (2010)	Projekte im Bereich der Energieforschung, (Aufstockung der Mittel gegenüber 2009 um 56%) Kontakt: Forschungseinrichtungen, Universitäten
	102 Mio. Euro (2010 bis 2012)	Entwicklungsprogramm "Grünes Wachstum, Wohlfahrt und neue unternehmerische Ideen"

		www.fornyelsesfonden.dk
Kfz-Industrie und -Teile	103 Mio. Euro (2009 bis 2012)	Projekt von Dong Energy und Better Place (USA) zur Schaffung einer Infrastruktur für Elektrofahrzeuge in Dänemark; den Absatz abgasfreier Autos fördert die Regierung mit dem Wegfall der Registrierungsabgabe (bis zu 180% vom Kaufpreis) www.dongenergy.dk , www.betterplace.com
Gesundheitswesen/Medizintechnik	2 Mrd. Euro (2009 bis 2013)	Bau und Modernisierung von Krankenhäusern – Zuschuss aus dem staatlichen Qualitätsfonds (die Planungen sehen langfristig Investitionen in Höhe von mindestens 5,4 Mrd. Euro vor) www.regioner.dk

Sonstige Expansionspläne (ausgewählte, oben nicht genannte Branchen):

- staatliche Initiative eines Qualitätsfonds für den kommunalen Sektor in den Bereichen Tagesstätten, Grundschulen, Altenpflege und andere soziale Dienste einschließlich bezahlbarer altersgerechter Wohnungen und Altenheime (Finanzierungsrahmen für den staatlichen Zuschuss 2009 bis 2013: 1,2 Mrd. Euro, darunter 2010 bis 2013: 270 Mio. Euro, gesamter Finanzierungsrahmen der Kommunen 2010: knapp 1 Mrd. Euro, hinzu kommen noch weitere öffentliche Fördermittel)
- Regierungsplan "Grünes Wachstum" vom April 2009 setzt auf Projekte mit großen Synergieeffekten in den Sektoren Natur, Umwelt, Klima und Landwirtschaft, geplante Investitionen: 1,8 Mrd. Euro; einer der Schwerpunkte ist der massive Ausbau der Biogas-Branche für die Energieerzeugung (bis 2020 sollen zwei Fünftel der jährlich anfallenden Gülle in grüne Energie umgewandelt, gegenwärtige Quote: 5%; geschätzter Investitionsrahmen: 500 bis 600 Mio. Euro)
- staatliche Förderung der Entwicklung neuer ökologischer Gärtnereiprodukte (6,7 Mio. Euro; Kontakt: BrancheForeningen Dansk Gartneri – <http://www.danskgartneri.dk>)

Allgemeine Anmerkungen zum Konjunkturprogramm

Steuererleichterungen beziehungsweise Konsumanreize:

- Verlängerung des Liquiditätspaketes vom Februar 2009 in modifizierter Form bis zum Herbst 2010 (Zahlungsaufschub für Steuerverbindlichkeiten von Unternehmen in Höhe von insgesamt knapp 2,8 Mrd. Euro)
- mögliche Auszahlung der in den Jahren 1998 bis 2003 eingezahlten Sondersparrente (nur Arbeitnehmerbeitrag - 1% vom Bruttolohn) ab 1.7.2009, durchschnittlicher Betrag nach Steuern: 9.800 dkr/1.315 Euro)

- große Steuerreform (beschlossen am 29.5.2009; Inkraftsetzung zum 1.1.2010, Teilstufen zum 1.1.2011 und 1.1.2012; Senkung der Einkommensteuer, Volumen 3,8 Mrd. Euro, Umlegung des Steuer- und Abgabensystems beziehungsweise stärkere Ausrichtung auf ökologische Aspekte)

Branchenübergreifende Hilfsprogramme für Unternehmen:

- Förderung der Exportkreditierung über den Exportkreditfonds (Export Kredit Fonden/EKF), Teil des Kreditpakets vom Januar 2009, Volumen: 2,7 Mrd. Euro

- Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (Modernisierungs- und Ausbauprojekte, Bereitstellung von zusätzlichem Risikokapital, Mitfinanzierung von Experten, Anschubfinanzierung von Jungunternehmen, Kreditpaket vom September 2009, Volumen: circa 537 Mio. Euro)

- staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung (F&E), von Jungunternehmern für die Realisierung innovativer Projekte sowie von Ausbildungsinitiativen im Rahmen der 2006 beschlossenen Globalisierungsinitiative für die Jahre 2007 bis 2012 (finanzieller Rahmen: 5,7 Mrd. Euro, in Preisen von 2010), Mittelvolumen für 2010: knapp 1,2 Mrd. Euro; 2011: circa 1,3 bis 1,4 Mrd. Euro, 2012: knapp 1,5 Mrd. Euro); unter Einschluss der Gelder aus der Globalisierungsinitiative erreichen die 2010 insgesamt zur Verfügung stehenden Gelder für F&E ein Volumen von fast 2,5 Mrd. Euro (entspricht gut 1% des Bruttoinlandsproduktes)

- vier neue Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung und einer schnellen Wiedereingliederung arbeitslos gewordener Personen in den Arbeitsprozess (mehr Flexibilität für Unternehmer mit zeitweiligen Produktionsrückgängen bezüglich der Zahlung von Lohn und Arbeitslosengeld, schnellere Umschulung/Weiterbildung und Hilfen bei der Jobsuche, Errichtung einer nationalen Warnbereitschaft bei Entlassungswellen in den sogenannten Jobzentren und eines staatlichen Überwachungssystems für den Arbeitsmarkt)

- Bereitstellung einer staatlichen Förderspritze in Höhe von 1 Mrd. dkr (134 Mio. Euro) für die Schaffung von 5.000 zusätzlichen Ausbildungs- beziehungsweise Praktikantenplätzen in Unternehmen für junge Menschen im Jahr 2010

Hilfe für den Finanzsektor:

- Rettungspaket für die Banken vom Oktober 2008 / Einlagensicherung (4,7 Mrd. Euro)

- Kreditpaket für Banken vom Januar 2009 / Förderung der Kreditierung

(Orientierungsgröße: 13,4 Mrd. Euro, tatsächliches Abrufvolumen: 6,2 Mrd. Euro)

Dänemark hat mehrere Förderpakete zur Krisenbewältigung geschnürt

Schwerpunkt bildet Minimierung der Kredit- und Liquiditätsklemme / Hilfen für den Bausektor und KMU / Umfassende Steuerreform beschlossen / Von Uwe Strohbach

Kopenhagen (gtai) - Dänemark zählt aufgrund seiner sehr offenen Wirtschaft, seiner starken Einbindung in den weltweiten Kapitalmarkt und des nach einer mehrjährigen Boomphase negativen Trends auf dem inländischen Immobilienmarkt zu den von der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders betroffenen Ländern. Vier Hilfsprogramme für den Finanzsektor und ein Förderpaket zur Ankurbelung der Baubranche und des Handwerks hat die Regierung auf den Weg gebracht. Eine große Steuerreform trat in ihren wesentlichen Teilen zum 1.1. 2010 in Kraft. Sie bringt vor allem den Arbeitnehmern mehr Geld in ihre Haushaltskassen.

Die kurz- und mittelfristigen Aussichten für die dänische Wirtschaft sind zwar wenig rosig, geben aber im Gegensatz zu manch anderem Land in Europa keinen Anlass zu einer besonderen Besorgnis. Dänemark kann trotz der negativen Auswirkungen der internationalen Finanzkrise und des rasanten Einbruchs des lokalen Immobilienmarktes nach wie vor auf eine recht robuste Wirtschaft verweisen. Schon seit Jahren aber wenig positiv entwickelt sich die Arbeitsproduktivität. Diesem Problem will die Regierung mit neuen Initiativen für die Förderung innovativer Produkte und einem massiven Ausbau einer stark ökologisch orientierten Wirtschaft begegnen. Zu nennen ist hierbei vor allem das im Juni 2009 beschlossene "Grüne Wachstumspaket". Es sieht den Bau zahlreicher öffentlich geförderter Biogasanlagen, Projekte in der Wasser- und Abwasserwirtschaft oder den Ausbau von Ökofarmen vor.

Die meisten dänischen Volkswirte rechnen für 2010 nach einem großen Tief im Vorjahr (-5,1%) wieder mit einem kleinen Wachstum von im Schnitt 0,7 bis 1,5%. Die Unternehmer blicken mit weniger Zuversicht in die nahe Zukunft. Sie prognostizieren für das laufende Jahre eher eine Stagnation. Dies zeigt eine aktuelle Analyse des Greens Analyseinstituts. Von den rund 800 befragten Firmenchefs erwarten drei Viertel ein Ergebnis von 0 bis +0,2%. Ein Fünftel der Manager rechnet sogar mit einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion und nur 1% der Respondenten sieht Chancen für ein Wachstum von 2% und mehr. Auch viele Ökonomen tendieren inzwischen zu einer leichten Korrektur ihrer Prognosen nach unten. Sie erwarten nun zumeist erst für das zweite Halbjahr 2010 die ursprünglich schon für die erste Jahreshälfte prognostizierte klare Trendwende.

Als einen wesentlichen Grund für ihre wenig ermutigenden Zukunftsaussichten nennen die Unternehmen die anhaltende Flaute bei den Investitionen. Auch das Exportgeschäft befindet sich trotz wieder steigender Auftragseingänge noch lange nicht in der gewünschten Verfassung. Nach einer Berechnung der Danske Bank sind die Kapitalanlagen seit der Hochkonjunktur Anfang 2007 bis Anfang 2009 um 31 Mrd. dkr (4,2 Mrd. Euro) geschrumpft. Im Jahr 2009 gingen die gewerblichen Investitionen – bei einer sehr großen Spreizung innerhalb der einzelnen Branchen – im Schnitt um 15% zurück, für 2010 erwarten die Bankvolkswirte ein Minus von mindestens 4%. Lediglich in den Sektoren Handel und Transport sei gegenwärtig eine leichte Wiederbelebung der Investitionstätigkeit zu beobachten.

Steigende Löhne - ein Ergebnis der in den Vorjahren abgeschlossenen Tarifvereinbarungen, eine geringe Inflation und sprudelnde Zusatzeinnahmen der privaten Haushalte kurbeln den Privatkonsum trotz der weiterhin noch zunehmenden Arbeitslosigkeit an. Nach einer Berechnung des Finanzkonzerns Nykredit haben die Haushalte 2010 dank Steuererleichterungen, Zinssenkungen und ausgezahlter Gelder aus der Sondersparrente insgesamt rund 32 Mrd. dkr (4,3 Mrd. Euro) mehr Geld zur Verfügung. Schließlich dürften die historisch hohen öffentlichen Investitionen, die 2010 im Vergleich zum Vorjahr um real rund ein Sechstel zulegen sollen, zu der 2010 erwartenden Trendwende im Wirtschaftswachstum beitragen.

Dänemark bietet aufgrund seiner modernen Wirtschaftsstruktur, seiner starken Ausrichtung auf solche perspektivenreiche Sektoren wie Umwelttechnik einschließlich Ausrüstungen für die Nutzung alternativer Energien, Biotechnologie und Pharmazie, IKT-Technologien und viele Nischensparten der elektrotechnischen Industrie sowie seiner unternehmerfreundlichen Rahmenbedingungen auch weiterhin vielfältige Geschäftschancen für deutsche Unternehmen. Dies gilt auch für eine Reihe von Segmenten auf dem Verbrauchermarkt.

Unter Einbeziehung aller öffentlichen und sonstigen Transferleistungen zählt das Königreich zusammen mit Großbritannien laut einer Analyse des nordischen Kreditinstituts Nordea zu jenen Ländern der Welt, die mit am meisten Geld - gemessen am prozentualen Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) - für den Kampf gegen die Wirtschaftskrise ausgeben. Der öffentliche Haushalt lag 2008 mit gut 60 Mrd. Dänischen Kronen (dkr; knapp 8,1 Mrd. Euro, Jahresdurchschnittskurs 2009 1 Euro = 7,4462 dkr) im Plus und wird 2010 voraussichtlich mit einem Minus in Höhe von circa 90 Mrd. dkr (12 Mrd. Euro) abschließen. Die Stimuli für die Wiederankurbelung der Wirtschaft werden laut Nordea 2010 ein Volumen von 4% des BIP erreichen.

Dem Hauptproblem der Wirtschaft, der Festigung des Finanzmarktes und der Erhöhung der Liquidität der Firmen, begegnet die Regierung mit mehreren Hilfspaketen. Im Oktober 2008 hat sie im Interesse der finanzwirtschaftlichen Stabilisierung der Banken und der Absicherung von Geldeinlagen mit der Verabschiedung des „Gesetzes über die finanzielle Stabilität“ ein erstes Krisenpaket auf den Weg gebracht. Im Gegensatz zu den in anderen Ländern eingeleiteten Maßnahmen für die staatliche Einlagengarantie nahm die Regierung die Banken stärker in die Pflicht. Die Institute zahlen (auf freiwilliger Basis) über einen Zeitraum von zwei Jahren (bis 30.9.2010) bis zu 35 Mrd. dkr (4,7 Mrd. Euro) in einen zentralen Sicherungsfonds ein. Für kleinere Banken stellt dieses Einlagensicherungssystem eine große finanzielle Belastung dar. Ab 1.10.2009 sind Einlagen von mehr als 750.000 dkr (rund 100.000 Euro) nicht mehr abgesichert.

Das am 18.1.2008 verabschiedete Bankpaket II trägt mit einer staatlichen Kapitalspritze zur Ankurbelung des in den Geldinstituten ins Stocken geratenen Kreditgeschäfts mit Unternehmen und Privathaushalten bei. Der nach oben als Orientierungsgröße festgesetzte Maximalbetrag (100 Mrd. dkr, rund 13,5 Mrd. Euro) teilt sich auf Geschäftsbanken und Realkreditinstitute im Verhältnis von 75% zu 25% auf. Für die bereitgestellten Geldreserven der Nationalbank, deren Nutzung die Banken in ihren Bilanzen praktisch wie Eigenkapital verbuchen können, müssen die Empfänger je nach Kreditwürdigkeit einen Zins zwischen 9 und 11,25% per annum zahlen. Insgesamt 43 Banken haben das Angebot zur Auszahlung von Staatsdarlehen genutzt: Sie er-

hielten frisches Kapital in einem Volumen von insgesamt rund 46 Mrd. dkr (6,2 Mrd. Euro) zu einem durchschnittlichen Zinssatz von 10,08%. Im Schnitt ist das Stammkapital dieser Institute durch die Finanzspritze um drei Prozentpunkte gestiegen. Hauptempfänger der zur Verfügung gestellten Mittel war die Danske Bank (26 Mrd. dkr/3,5 Mrd. Euro).

Ein Teil des Pakets II gilt für alle Geldinstitute, also auch für jene, die keine Mittel aus der staatlichen Kreditspritze abgerufen haben. Hierzu zählen solche Regelungen wie die Beschränkung von variablen Lohnkomponenten in den Bankhäusern oder ein Verbot eines kreditfinanzierten Erwerbs von Bankaktien. Ferner wurden die Kompetenzen der Ombudsmänner beim Einschreiten gegen eine aggressive Einführung von neuen Finanzprodukten erweitert. Auch eine Verstärkung der Finanzaufsicht ist in dem Dokument verankert. Das Bankpaket II ermöglicht den Banken gegen Bezahlung auch eine Verlängerung der im Bankpaket I verankerten Staatsgarantien bis zum Jahr 2013. Eine solche bedarf der Genehmigung durch den Sicherungsfonds (Finansiel Stabilitet). Einige Institute haben sich solche Garantien bereits vorab gesichert.

Das Bankpaket II stärkt in den Jahren 2009 bis 2011 auch die Finanzkraft der Exportunternehmen mit 20 Mrd. dkr (2,7 Mrd. Euro). Mit der Ausreichung von Darlehen auf üblicher kommerzieller Basis an die Empfänger der Ware oder Dienstleistung oder an die Bank des Kunden beziehungsweise an den Lieferanten (sofern dieser seinem Abnehmer einen Kredit ausreicht) kommen die Exporteure wieder schneller zu ihrem Geld. Die Kreditmittel können seit 17.3.2009 beim Exportkreditfonds (Eksport Kredit Fonden/EKF, www.ekf.dk) abgerufen werden. Sie sind bei den kontoführenden Geschäftsbanken der Firmen zu beantragen. Unter Einschluss einer zusätzlichen Finanzspritze für die Exportkreditversicherung erreicht das Fördervolumen für die Exportwirtschaft ein Gesamtvolumen von 30 Mrd. dkr (4 Mrd. Euro). Ein Indiz, dass diese Maßnahmen greifen, ist der für 2010 erwartete Anstieg der Exporte von etwa 8%. Diese Prognose lässt sich dem aktuellen Exportbarometer entnehmen, das von der Analysegesellschaft Ramböll Management und der Tageszeitung Jyllands-Posten halbjährlich erstellt wird.

Ein im Februar 2009 aufgelegtes Paket für die zeitweilige Stundung der Lohn- und Mehrwertsteuer sowie des Arbeitsmarktbeitrages (regelmäßiger Zahlungsaufschub für umgerechnet rund 8,7 Mrd. Euro) sollte ursprünglich im Herbst 2009 auslaufen. Die Regierung hat nach massiven Forderungen aus der Wirtschaft eine Verlängerung der Liquiditätsreserve in modifizierter Form für ein Jahr beschlossen (Zahlungsaufschub für die Lohnsteuer/Arbeitsmarktbeitrag: 2,8 Mrd. Euro).

Ein am 22.9.2009 von der Regierung initiiertes neues Kreditpaket ist auf den Bedarf kleiner und mittlerer Unternehmen ausgerichtet und soll für circa 3.500 neue Arbeitsplätze sorgen. Die zur Verfügung stehenden Mittel über 4 Mrd. dkr (circa 537 Mio. Euro) fließen in die Förderung von Krediten für perspektivreiche Ausbau- und Modernisierungsprojekte sowie die Anschubfinanzierung von Jungunternehmen (rund 201 Mio. Euro), die Exportförderung (269 Mio. Euro) und die Bereitstellung von Risikokapital (67 Mio. Euro).

Im März 2009 hat die dänische Regierung zwei kleinere Förderpakete zur Belebung der Bauwirtschaft beschlossen. Eine mit dem Landesverband der Kommunen (KL) getroffene Vereinbarung

sieht eine Mittelaufstockung des verbindlich festgelegten Rahmens für kommunale Investitionen vor. Das Investitionspaket ist auf Bauprojekte in den Sektoren Kinder- und Altenbetreuung, Schulbildung und Transportwesen (Straßenbau) ausgerichtet. Im Jahr 2010 stehen den Kommunen zusätzlich umgerechnet mindestens 0,4 Mrd. Euro zur Verfügung.

Aus dem zweiten, 1,5 Mrd. dkr (200 Mio. Euro) schweren Paket erhielten private Haushalte bis zu jeweils 25.000 dkr (3.360 Euro) Fördermittel für Renovierungs- und Erneuerungsarbeiten (maximal 15.000 dkr auf den Arbeitslohn und 10.000 dkr auf klimafreundliche beziehungsweise energiesparende Technik/Materialien, jeweils 40% beziehungsweise 20% der nachgewiesenen Kosten). Mehr als 100.000 Haushalte erhielten einen positiven Bescheid. Deren Projekte belaufen sich auf einen Gesamtwert von rund 800 Mio. Euro. Vier Fünftel der Vorhaben sind auf Energieeinsparungen ausgerichtet. Das Gesamtprojekt ist im Wesentlichen abgeschlossen.

Erhebliche positive Effekte für die dänische Wirtschaft gehen von der am 29.5.2009 beschlossenen Steuerreform aus. Sie trat in ihren Hauptteilen zum 1.1.2010 in Kraft. Das von der Steuerkommission erarbeitete Gesetzeswerk ist auf eine „Umlegung“ von Steuern mit einem Volumen von 35 Mrd. dkr (4,7 Mrd. Euro) ausgerichtet und soll zur Schaffung von 24.000 zusätzlichen Arbeitsplätze beitragen. Kernelemente der Reform sind Steuersenkungen für Gut- und Besserverdienende und eine stärkere ökologische Ausrichtung aller Abgaben und Steuern. Allein die um 1,5% verringerte Basissteuer auf Einkommen senkt die Steuerlast um 14 Mrd. dkr (1,9 Mrd. Euro).

Zur Belebung des Privatverbrauchs sollte die im Juni 2009 gestartete Auszahlung der 1998 bis 2003 ausschließlich von Arbeitnehmern akkumulierten Sondersparrente (1% vom Bruttolohn, Gesamtbetrag: 43 Mrd. dkr/5,8 Mrd. Euro) beitragen. Bis Ende Oktober wurden weit mehr als neun Zehntel dieser Gelder unter Abzug fälliger Steuern auf die Privatkonten überwiesen (knapp 3 Mrd. Euro). Die ausgezahlten Gelder flossen jedoch entgegen den Erwartungen der Regierung kaum in den Konsum, sondern aufgrund der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt und steuerlicher Vorzugsbedingungen für Anlagen in Altersrentendepots vorwiegend in den Sparstrumpf.

Wirtschaftsforscher, Fachverbände und Parteien fordern angesichts der gegenwärtig schwierigen Lage in der dänischen Wirtschaft und vor allem der weiter zunehmenden Arbeitslosigkeit ein weiteres Konjunkturpaket in unterschiedlichsten Größenordnungen von bis zu 1,3 Mrd. Euro. Es seien in erster Linie der Bausektor und die verarbeitende Industrie, denen der Staat mit zusätzlichen Maßnahmen unter die Arme greifen sollte. Die Experten setzen insbesondere auf noch mehr und vor allem schnellere Investitionen in der Transportinfrastruktur, in den Bau und die Modernisierung von öffentlichen Krankenhäusern und in kommunale Bauprojekte. Die im Haushaltsgesetz für 2010 verankerten Aktivitäten würden nur zu einer Wirtschaftsbelebung von knapp 1% des Bruttoinlandsproduktes und zur Schaffung von circa 14.000 neuen Arbeitsplätzen beitragen. Aber allein den Arbeitsplatzverlust schätzen die Experten im kommenden Jahr auf circa 50.000 bis 60.000 Stellen.

Sowohl die Regierung als auch die Wirtschaftsweisen lehnen diese Vorschläge für neue Konjunkturpakete ab. Solche Maßnahmenbündel könnten, so verlautet aus dem Wirtschaftsminis-

terium, angesichts der im europäischen Maßstab immer noch relativ geringen Arbeitslosigkeit im Land zu einer Überhitzung der Wirtschaft führen. In letzter Zeit mehren sich jedoch auch die Stimmen in der zentralen Wirtschaftsverwaltung für eine noch stärkere öffentliche Förderung von Bau- und Modernisierungsprojekten in den Sektoren Krankenhäuser, Schulen und Straßen. Die Gewährung direkter Zuschüsse an krisengeschüttelte Unternehmen lehnt die dänische Regierung grundsätzlich ab. Diese würde zu einer Wettbewerbsverzerrung und so letztlich zu einem Wachstumshemmnis führen. In den Wirtschaftsverbänden wird jedoch der Ruf nach einer staatlichen Förderung von perspektivenreichen und grundsätzlich gesunden Unternehmen immer lauter. Übereinstimmung aber besteht zwischen Regierung, Opposition und Fachverbänden hinsichtlich des Reformbedarfs bei den Regelungen zum Vorruhestand, weiterer Maßnahmen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik und bezüglich der Effektivisierung des öffentlichen Sektors. Vor allem Langzeitarbeitslose müssten wieder schnell in Arbeit gebracht werden.



Ihre Ansprechpartnerin bei Germany Trade & Invest:

Stefanie Frei

T. +49(0)221 2057-269

F. +49(0)221 2057-212

E-Mail: stefanie.frei@gtai.de

Germany Trade & Invest ist die Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing der Bundesrepublik Deutschland. Die Gesellschaft berät ausländische Unternehmen, die ihre Geschäftstätigkeit auf den deutschen Markt ausdehnen wollen. Sie unterstützt deutsche Unternehmen, die ausländische Märkte erschließen wollen, mit Außenwirtschaftsinformationen.

Germany Trade and Invest

Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH

Agrippastraße 87-93
50676 Köln
Germany

T. +49 (0)221 2057-0
F. +49 (0)221 2057-212
E-Mail: info@gtai.de
Internet: www.gtai.de

